

# KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



**„SPEZIAL“ EUROPA:**  
Das 50-jährige Jubiläum der Römischen Verträge war eine Gelegenheit zu feiern und in die Zukunft zu blicken ...



**MEDIENPROGRAMME:**  
21 Jahre nach Ende der Herrschaft der Roten Khmer gibt es in Kambodscha erste Signale in Richtung freier, unabhängiger Medien.



**DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG:**  
Politiker, Wissenschaftlerinnen und Fraueninitiativen aus Westafrika suchen nach Lösungen zur Verbesserung der Bildungssituation für Mädchen und junge Frauen in Afrika.



**WERTE- UND RELIGIONSDIALOG:**  
Religiöse Würdenträger verurteilen Selbstmordattentate als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen den Islam.

## EUROPA GELINGT GEMEINSAM

MIT EINER STIMME KÖNNEN WIR EUROPÄER UNSERE INTERESSEN UND WERTE IN DER WELT VERTRETEN

**„Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgt auf christlich demokratischer Grundlage (...) insbesondere den Zweck, die europäische Einigung zu unterstützen“, so steht es in unserer Satzung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist Wegbereiter und Wegbegleiter des europäischen Einigungsprozesses.**

Mit unserem Engagement für und in Europa erfüllen wir das Vermächtnis unseres Namensgebers. Das Streben nach europäischer Einheit war die zentrale Triebfeder der Politik Konrad Adenauers. Sein Vorbild ist uns Auftrag und Verpflichtung – vor allem im „europäischen Jahr 2007“.

2007 jährt sich nicht nur die Unterzeichnung der Römischen Verträge zum 50. Mal, hat die Europäische Union seit dem 1. Januar mit Rumänien und Bulgarien zwei neue Mitglieder, ist der Euro in Slowenien offizielles Zahlungsmittel. 2007 ist für uns auch deshalb ein besonderes „europäisches Jahr“, weil christliche Politiker wieder an entscheidender Stelle sind.

Fortsetzung Seite 3



V.l.n.r. Der Vorsitzende der KAS Prof. Dr. Bernhard Vogel, die deutsche Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso und der Präsident des Europäischen Parlaments Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering freuen sich über 50 Jahre Römische Verträge, Berlin im Februar 2007.

Foto: Marco Urban/Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

### INHALT

- Seite 2  
Editorial
- Seite 3  
Europa gelingt gemeinsam
- Seite 4  
„spezial“ Europa
- Seite 6  
Rechtsstaatsprogramme
- Seite 8  
Medienprogramme
- Seite 10  
Parteien- und Parlamentsberatung
- Seite 11  
Politischer- und Sicherheitsdialog
- Seite 12  
KAS Panorama
- Seite 14  
Demokratie und Entwicklung
- Seite 17  
Menschenrechte
- Seite 18  
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 20  
Werte- und Religionsdialog
- Seite 22  
Energie und Umwelt
- Seite 23  
Neuigkeiten aus dem INT
- Seite 24  
Neuerscheinungen

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,



für die Konrad-Adenauer-Stiftung stand im ersten Halbjahr 2007 die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ganz oben auf der Agenda. Im eigens zur Präsidentschaft gestalteten Internetportal der KAS wird dies durch eine überwältigende Anzahl von Diskussionen, Konferenzen und Publikationen sichtbar. Auch die zweite Ausgabe von KAS INTERNATIONAL widmet sich schwerpunktmäßig den Highlights zum Thema „europäische Integration“.

„Brücken bauen in Europa“ lautete der Titel einer großen kulturpolitischen Konferenz der KAS in Riga, an der Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert, die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Anette Schavan, und der Vorsitzende der KAS, Prof. Dr. Bernhard Vogel, als Ehrengäste teilnahmen. Ganz im Sinne des offiziellen Präsidentschaftsmottos „Europa gelingt gemeinsam“ forderte die stellvertretende Vorsitzende der KAS, Prof. Dr. Beate Neuss, Europa dürfe sich nicht spalten lassen. Eine große Herausforderung, für die das „europäische Jahr 2007“ jedoch eine einzigartige Chance bietet: so wie vor 50 Jahren, als christliche Demokraten den Grundstein für die europäische Einigung legten, tragen heute christliche Politiker an entscheidender Stelle Verantwortung.

Der 50. Jahrestag der Römischen Verträge und die Grundlagen der europäischen Einigung wurden in vielen Auslandsbüros mit gesonderten Veranstaltungen gewürdigt. 50 Jahre Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie beweisen, dass die EU eine Erfolgsgeschichte ist. Nach der jüngsten Erweiterung stehen nun insbesondere die Auslandsbüros in Südosteuropa vor der Herausforderung, auf dem Westlichen Balkan das europapolitische Wissen und die europäischen Werte zu fördern. Die EU gilt jedoch auch weltweit als Modell regionaler Integration, wie der Beitrag in dieser Ausgabe zum Austausch mit der ASEAN-Staatengemeinschaft zeigt.

Die Gemeinsamkeiten zu stärken heißt vor allem die Handlungsfähigkeit der EU zu wahren. Ob dies gelingt, wird vom Schicksal des europäischen Verfassungsprojektes abhängen. Bundeskanzlerin Angela Merkel will die „Substanz des Vertrages“ erhalten. Unter Frankreichs neuem Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy besteht die Hoffnung, dass dies auch tatsächlich gelingt. Vor diesem Hintergrund nutzten gerade die KAS-Auslandsbüros in Westeuropa die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, um die zentralen Herausforderungen der EU zu thematisieren. Sie leisteten damit einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung des europapolitischen Diskurses.

Besondere Bedeutung misst die deutsche EU-Ratspräsidentschaft auch der Afrikapolitik, den transatlantischen Beziehungen und dem Verhältnis zu Russland bei. Zu diesen Fragen bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung Orientierung. Das Leitmotiv lautet: „Christliches Menschenbild – Fundament und Zukunft Europas“.

Allen Lesern wünsche ich eine interessante Lektüre und vielfältige Anregungen. Über Ihre Meinung, Kritik und neue Ideen würden wir uns sehr freuen.  
Berlin, im Juni 2007

Dr. Gerhard Wahlers  
Hauptabteilungsleiter Internationale Zusammenarbeit



### IMPRESSUM

**Herausgeber**  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
e. V.  
Internationale  
Zusammenarbeit  
Klingelhöferstr. 23  
D-10907 Berlin

**Verantwortlich**  
Dr. Gerhard Wahlers

**Redaktionsteam**  
■ Dr. Helmut Reifeld:  
Gesamtkoordination  
■ Catrin Czyganowski:  
Assistenz, Menschen-  
rechte

■ Dr. Stefan Friedrich:  
Medienprogramme  
■ Nino Galetti:  
Energie und Umwelt  
■ Dr. Karsten Grabow:  
Parteien- und Parlaments-  
beratung, Politischer-  
und Sicherheitsdialog  
■ Andrea Kolb:  
Demokratie und  
Entwicklung  
■ Katja Plate:  
Europa, Werte- und  
Religionsdialog  
■ Susanna Vogt:  
Wirtschafts- und  
Sozialordnung  
■ Dr. Jan Woischnik:  
Rechtsstaatsprogramme

Kontakt über:  
Vorname.Nachname@  
kas.de

**Gestaltung**  
SWITSCH  
Kommunikationsdesign,  
Köln

**Fotos**  
dpa, Fotolia, KAS

© 2007  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
e. V.



SCHWERPUNKTTHEMA



Prof. Dr. Neuss im Gespräch mit dem Leiter der KAS-Inlandsprogramme, Norbert Beckmann-Dierkes.

## EUROPA GELINGT GEMEINSAM

Fortsetzung von Seite 1 ►

dender Stelle Verantwortung tragen für Europa – so wie vor 50 Jahren, als christliche Demokraten den Grundstein für die europäische Einigung legten: Der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, die Präsidentin des Rates der Europäischen Union, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso – alle drei gehören der christlich demokratischen Bewegung an! Eine einzigartige Konstellation mit einzigartigen Chancen – für die Europäische Union, für den europäischen Einigungsprozess!

Frieden und Freiheit sind – Gott sei Dank – für die meisten in Europa zur Selbstverständlichkeit geworden. Europa ist Alltag geworden. Gerade deshalb müssen wir christlichen Demokraten, wie es in der „Berliner Erklärung“ vom 27. März 2007 heißt, „die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage stellen“ und „die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern“.

Andreas Schockenhoff ist Vorsitzender der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe.



„Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt“, gibt die Berliner Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages von EWG und EURATOM die Kernaussage unseres europä-

ischen Gesellschaftsmodells wieder. Ein Gesellschaftsmodell, das wesentlich geprägt wurde vom christlich-jüdischen Menschenbild.

Der Entwurf der Europäischen Verfassung hat erstmals rechtsverbindliche Grundrechte auf europäischer Ebene vorgesehen und hat Einiges von dem enthalten, was bisher an „Geist“ und „Seele“ Europas vermisst worden ist. Es bleibt zu hoffen, dass der Vertrag eine zweite Chance erhält. Als ein Verfassungsvertrag, der klar sagt, wofür Brüssel zuständig ist und was in den Mitgliedsstaaten geregelt wird. Gut funktionierende europäische Institutionen und klare Kompetenzabgrenzungen zwischen den einzelnen Ebenen der Politik sind von großer Bedeutung. Die Fragen, vor denen wir in Europa stehen, sind gewaltig. Wann geht es weiter mit dem Europäischen Verfassungsvertrag? Wie machen wir das europäische Haus wetterfest? Wie gehen wir mit der Globalisierung, mit der Liberalisierung der Weltmärkte um? Was setzen wir der globalen Bedrohung durch die Klimaerwärmung entgegen? Wie begegnen wir dem internationalen Terrorismus? Auf diese Fragen müssen wir Antworten geben.

Die Berliner Erklärung zeigt den Weg: „Europa gelingt gemeinsam“. Nur wenn wir Europäer mit einer Stimme sprechen, wenn wir geschlossen auftreten, werden wir wahrgenommen, können wir unsere Interessen und Werte auf der Welt vertreten. „Europa darf sich nicht spalten lassen“, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel vor wenigen Wochen an der Warschauer Universität bekräftigt. Wir Europäer müssen solidarisch sein – das gilt nicht nur untereinander und innerhalb der Europäischen Union, sondern auch im Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn in Weißrussland oder in der Ukraine.

Klar ist: Bevor wir über eine neuerliche Erweiterung der Gemeinschaft nachdenken können, müssen wir die europäische Integration vertiefen, die innere Organisation der Union fortentwickeln und ihre Entscheidungsstrukturen dem Europa der 27 Mitgliedstaaten anpassen. Nur dann wird die Union auch in Zukunft handlungsfähig bleiben und ihre Verantwortung in Europa und auf der Welt aktiv wahrnehmen können. Viele Aufgaben liegen vor uns Europäern. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird dazu ihren Beitrag leisten.

Prof. Dr. Beate Neuss | Stellvertretende Vorsitzende der KAS

## FRANZÖSISCHE ERWARTUNGEN AN DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Zum Jahrestag des Elyséevertrags am 22. Januar 2007 widmeten sich in Paris junge politische Entscheidungsträger und Studenten auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Hauses Heinrich Heine der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Folgendes wurde deutlich: In Frankreich erwartet man, dass die negative Entscheidung zum Verfassungsvertrag akzeptiert und in die laufende Debatte einbezogen wird. Man strebe eine aktive Beteiligung an der Lösung der institutionellen Krise der Europäischen Union – gemeinsam mit dem deutschen Partner – an, so Pierre Lequiller, Abgeordneter der UMP und Vorsitzender der Delegation für Europäische Angelegenheiten der französischen Nationalversammlung. „Europa kann es schaffen, seine heutigen Probleme zu überwinden. Für eine langfristige Problemlösung ist jedoch, gerade im Hinblick auf die Schaffung europäischer Identität und Zugehörigkeit, die EU-Verfassung in ihrer Substanz unabdingbar“, machte wenige Tage später auch Dr. Andreas Schockenhoff, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei einer von der KAS am 31. Januar 2007 ebenfalls in Paris ausgerichtetem Luncheon Discussion zu den Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft deutlich.

Das 50-jährige Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge war ein zentrales Datum der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Viele Auslandsbüros der KAS nutzten die Gelegenheit zum Feiern, aber auch um in die Zukunft zu blicken ...



„SPEZIAL“ EUROPA

## 50 JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE – UND ALLE AUSLANDSBÜROS DER KAS FEIERN MIT!



V.l.n.r.: Michael Brand MdB, Dr. Christian Schwarz-Schilling und Dr. Christina Catherine Krause, KAS-Auslandsmitarbeiterin Bosnien und Herzegowina.

### DER WESTLICHE BALKAN UND DIE EU

Das 50-jährige Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge war für die KAS in Sarajevo Anlass, am 13. April 2007 mit politisch Verantwortlichen und Vertretern der Zivilgesellschaft aus der Region sowie Repräsentanten der EU über Vision, Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union zu diskutieren. Insbesondere die Erfolge und Rückschritte im EU-Annäherungsprozess des Westlichen Balkans wurden dabei thematisiert.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, scheidender Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina und EU-Sonderbeauftragter, bedauerte, dass die Staaten der Region durch die jüngsten Kriege zunächst die schnelle Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft verpasst hätten. Er betonte aber auch die EU-Perspektive des Westlichen Balkans: „Die Europäische Union hat diesen Staaten mehrfach die Vollmitgliedschaft in Aussicht gestellt, sofern die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt würden“, denn: „letztendlich geht es hier nicht um die Erweiterung der EU sondern vielmehr um ihre Komplettierung.“ Für Doris Pack MdB ist es ein gutes Zeichen, dass bereits jetzt die Länder im „Warteraum“ über Werte und Identität der EU mitdiskutieren. Gemeinsam müsse man sich bemühen, die EU den Bürgern näher zu bringen. Die KAS Sarajevo wird diesen Prozess gerne unterstützen.

### EUROPA IST EINE ERFOLGSGESCHICHTE

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Fondation Robert Schuman, der Senat der tschechischen Republik, die französische und die deutsche Botschaft in der tschechischen Republik, CEFRES und der Verein Ano Pro Evropu organisierten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine wahrhaft europäische Konferenz: Im Sitzungssaal des tschechischen Senats traten tschechische, französische und deutsche Politiker sowie Diplomaten ans Rednerpult, um die bisherige Entwicklung der Europäischen Union zu bewerten.

„Die Geschichte der 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge ist eine Geschichte des Friedens, des Wohlstands sowie der schrittweisen Ausweitung der Freiheit und der Wirtschaftsmärkte in ganz Europa. Es ist also eine Erfolgsgeschichte.“ So Alexandr Vondra, tschechischer Vizepremier für europäische Angelegenheiten.



Die Referenten Elmar Brok MdB und Vladimir Spidla, tschechischer EU-Kommissar, im Gespräch.

Der deutsche christdemokratische Europaabgeordnete Elmar Brok ging noch einen Schritt weiter: „Die Europäische Union hat bis heute eine grandiose Leistung vollbracht. Sie ist die erfolgreichste internationale Gemeinschaft der Menschheitsgeschichte. Es hat nirgendwo in der Welt eine Region gegeben, in der es gleichzeitig Frieden, Freiheit und Wohlstand gegeben hat“, so Brok.

Ebenso wie zu Beginn Senatspräsident Premysl Sobotka, warnte allerdings der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg vor einer Regulierungswut in Europa: „Ein Übermaß an Vorschriften und Bürokratisierung führen zu einer Entfremdung der Bürger von Brüssel. Die Aufgabe der EU-Staaten ist es, das Leben der Bürger auf dem Kontinent einfacher und angenehmer zu machen“, sagte Schwarzenberg.

## +++ KURZMELDUNGEN AUS BRÜSSEL +++

**Der Bundestag bekommt ein neues Büro in Brüssel**

Das Europabüro der KAS engagierte sich auch während der deutschen Ratspräsidentschaft für die Stärkung der Vernetzung und Kommunikation zwischen Brüssel und deutschen politischen Entscheidungsträgern. Am 5. und 6. Februar 2007 organisierte das Europabüro ein umfangreiches Dialogprogramm mit Europapolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Am Abend des 5. Februar wurde unter Teilnahme des Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert das Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages in Brüssel feierlich eröffnet. Durch die verstärkte Präsenz des Bundestages in Brüssel sollen europapolitische Entwicklungen frühzeitig mitgeteilt und so die Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundestages auf europäischer Ebene verbessert werden.



Die Europapolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Dr. Viviane Reding, EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien.

**50 Jahre Römische Verträge – Eine Feierstunde in Brüssel**

Das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete am 1. März 2007 in Zusammenarbeit mit dem CDU-Auslandsverband Brüssel und der CDU/CSU-Aktionsgemeinschaft eine Feierstunde im Spiegelsaal des Brüsseler Regionalparlaments. Hauptredner waren Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Bernhard Vogel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments. Im Rahmen der Veranstaltung, der rund 300 Gäste beiwohnten, wurde auch die Ausstellung „Konrad Adenauer und die europäische Integration“ eröffnet.



Im Anschluss an die Vorträge überreichte Prof. Dr. Vogel ein Adenauer-Porträt Oskar Kokoschkas an Prof. Dr. Pöttering.

**Der Frühjahrsgipfel unter deutscher Ratspräsidentschaft**

Der sogenannte „Frühjahrsgipfel“ ist traditionell wirtschaftspolitischen Themen gewidmet und war der erste Meilenstein der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Im Rahmen einer Vortragsveranstaltung im Europabüro der KAS am 7. März 2007 stellte Dr. Werner Langen, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, wenige Tage vor dem Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs insbesondere seinen Standpunkt zur Energie- und Klimapolitik dar: Die kommenden Maßnahmen im Energiebereich müssen transparent, finanzierbar und praktikabel gestaltet werden, dann ist die geplante Richtlinie zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 20% bis zum Jahre 2020 unter der Führung der deutschen Bundeskanzlerin ein erreichbares Ziel.



Dr. Werner Langen MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.



Nico Lange, Auslandsmitarbeiter der KAS in Kiew, und Vertreter der deutschen, französischen und italienischen Botschaft auf der Konferenz „50 Jahre Römische Verträge“ in Kiew.

**„EUROPA KONKRET“ IN DER UKRAINE**

Zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge diskutierten am 30. März 2007 auf einer internationalen KAS-Konferenz in Kiew junge ukrainische Nachwuchspolitiker mit dem EU-Botschafter Ian Boag, Vertretern der deutschen, französischen und italienischen Botschaft und dem deutschen Journalisten Jürgen Wahl. Kurz darauf, am 13. April 2007, organisierten die KAS und der ukrainische Studentenverband in Zhytomyr (100 km westlich von Kiew) ein Forum ukrainischer Jugendorganisationen, an dem unter anderem der Gouverneur der Region Zhytomyr, Ex-Familienminister Juri Pawlenko, teilnahm. Debattiert wurde über konkrete Möglichkeiten für ukrainische Jugendliche, an der europäischen Entwicklung ihres Landes mitzuwirken. Die Teilnehmer kamen zu dem Ergebnis, dass Themen wie studentische Selbstverwaltung, Korruption an der Hochschule und bei Stellenvergaben, der Bologna-Prozess und europäische Programme der Jugendpolitik zahlreiche Ansätze für Eigeninitiativen bieten.

**AUF DEM WEG ZU EINER ASIATISCHEN UNION?**

Die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) feiert dieses Jahr zwar ihren 40. Geburtstag, doch stehen die zehn Mitgliedsstaaten erst am Anfang einer tieferen Integration. Zu unterschiedlich sind politische Systeme und wirtschaftlicher Entwicklungsstand der Mitglieder. Das KAS-Regionalprogramm „Politischer Dialog“ in Singapur hat daher den Entwurf eines „Grundgesetzes“ für eine handlungsfähige Gemeinschaft, die ASEAN-Charta, maßgeblich begleitet. Da die EU als Maßstab regionaler Zusammenarbeit weltweit gilt, nutzte die KAS zudem das Außenministertreffen zwischen EU und ASEAN am 14. und 15. März 2007 in Nürnberg, um asiatische Politiker und Wissenschaftler in einen direkten Dialog mit Kolleginnen und Kollegen aus Europa zu bringen. Über öffentliche Vorträge in München, Nürnberg und Berlin machte die KAS zugleich auf die Bedeutung dieser Weltregion und deren Chancen für Europa aufmerksam.

Die Gewährleistung von Freiheit und Recht des Menschen und Bürgers gegenüber der Staatsgewalt zu fördern ist vordringliche Aufgabe des Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa, wo gerade in diesem Bereich große Defizite bestehen.

## RECHTSSTAATSPROGRAMME

# RECHTSSTAATSPROGRAMM FÜR SÜDOSTEUROPA UNTERSTÜTZT EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT:

## STÄRKUNG VON BESCHULDIGTENRECHTEN IN EUROPA

Das Strafprozessrecht wird oft als „Seismograph der Staatsverfassung“ bezeichnet. Der Staat hat bei seiner Ausformung eine Interessenabwägung zwischen Kollektiv- und Individualinteressen, somit eine eminent politische Entscheidung zu treffen. Die Rechtsfolgen, die das Strafrecht vorsieht, stellen von allen staatlichen Eingriffen in den persönlichen Freiheitsraum des Bürgers die einschneidendsten dar. Die Interessenabwägung, die das Strafverfahrensrecht trifft, ist somit symptomatisch für das Verhältnis von Staat und Individuum, das in einem Gemeinwesen allgemein gültig ist.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich, warum die Förderung eines Strafverfahrensrechts, das rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht, zu den Zielen des 2006 gestarteten KAS-Rechtsstaatsprogramms für Südosteuropa (RSP SOE) zählt. Denn die Gewährleistung von Freiheit und Recht des Menschen und Bürgers gegenüber der Staatsgewalt in allen ihren Erscheinungsformen ist Zweck des Rechtsstaats schlechthin. Sie zu fördern ist vordringliche Aufgabe des RSP SOE, dessen Programmländer – Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Rumänien – gerade in diesem Bereich große Defizite aufweisen.

Aus dem Anliegen heraus, Bürgerrechte gegenüber der Staatsgewalt zu stärken, ist auch der Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Justiz motiviert, europaweit gültige Mindestanforderungen an die Rechte von Beschuldigten und Angeklagten im Strafverfahren zu definieren. Das RSP SOE unterstützt diese Initiative mit einem großangelegten Regionalprojekt: Renommierte Strafrechtsexperten aus den sieben Programmländern einschließlich Albanien haben im Auftrag des Rechtsstaatsprogramms die nationale Rechtslage hinsichtlich der Strafverfahrensrechte in ihren Ländern analysiert.



Das Endprodukt, eine fast 250 Seiten umfassende Publikation, wurde auf einer Regionalkonferenz in Bukarest am 13.–15. Mai 2007 unter Anwesenheit des deutschen Bundesjustizministeriums, des rumänischen Justizministers, der stellvertretenden rumänischen Generalstaatsanwältin sowie namhaften Politikern und Rechtspraktikern und -wissenschaftlern vorgestellt und diskutiert.

Die Programmländer des RSP SOE sind zwar mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien noch nicht Mitglied der Europäischen Union. Das Rechtsstaatsprogramm unterstützt die Ratspräsidentschaftsinitiative gleichwohl bewusst mit einem Regionalprojekt, das alle Programmländer umfasst. Denn das RSP SOE will diese Länder dabei unterstützen, ihr jeweiliges Rechtssystem an europäische Rechtsstaatsstrukturen anzupassen. Die Rechtsreformen, die zu diesem Zwecke in allen Ländern des RSP SOE stattfinden, dürfen nicht losgelöst von Rechtsentwicklungen auf europäischer Ebene vollzogen werden. Die deutsche Bundesjustizministerin, Brigitte Zypries, hat den vom Rechtsstaatsprogramm verfolgten Regionalansatz in ihrem Vorwort zu der rechtsvergleichenden Studie ausdrücklich begrüßt: „Die ... Studie der Konrad-

*Dr. Stefanie Ricarda Roos, Leiterin des Rechtsstaatsprogramms für Südosteuropa mit dem Vertreter des Deutschen Bundesministeriums der Justiz, MDgt Eberhard Siegmund, dem amtierenden rumänischen Justizminister, Tudor Alexandru Chiuariu und dem Leiter des SPOC-Sekretariats – Stabilitätspakt für Südosteuropa, Sorin Sterie, auf der Regionalkonferenz am 14.05.07.*

Bundespräsident Köhler würdigt Bedeutung der Rechtsstaatsreformen in Vietnam.



## STRATEGIEWORKSHOP ZUR INTERNATIONALEN RECHTSSTAATSARBEIT DER KAS

Im April fand in Berlin unter der Leitung von Dr. Jan Woischnik der jährliche Strategieworkshop für die Leiter der weltweiten KAS-Rechtsstaatsprogramme statt. Eine leistungsfähige, rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechende Rechtsordnung ist Kernbestandteil jedes demokratischen Systems. Dementsprechend führt die Stiftung in allen Weltregionen, in denen sie das Ziel der Demokratieförderung verfolgt, komplementär zu ihrer Arbeit auf Landesebene auch länderübergreifende Sektorprogramme zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit (sog. Rechtsstaatsprogramme) durch. Pionierprojekt war in dieser Hinsicht das Rechtsstaatsprogramm für Lateinamerika, das 15 Jahre nach seiner Gründung im Jahr 1991 zu einem wegweisenden Markenzeichen der Stiftungsarbeit geworden ist. Im vergangenen Jahr sind nach seinem Vorbild Rechtsstaatsprogramme in Subsahara-Afrika, in Südosteuropa und in Ost-/Südostasien angelaufen.



## DEUTSCH-VIETNAMESISCHE RECHTSSTAATSKOOPERATION

### KAS ÜBERNIMMT AUFGABEN EINER KOPFSTELLE

Nicht nur mit China hat sich ein fruchtbarer Rechtsstaatsdialog entwickelt. Auch in Vietnam genießen deutsches Recht und deutsches Justizwesen hohes Ansehen. Deshalb gibt es ein großes Interesse an einem intensiven Erfahrungsaustausch mit deutschen Partnerinstitutionen. Noch fehlt ein Regierungsabkommen zwischen Deutschland und Vietnam, das einen formalen Dialog ermöglicht. Doch schon heute ist ein dichtes Netz von Kontakten zwischen Ministerien, Stiftungen, der staatlichen Entwicklungshilfe und Forschungsinstituten geknüpft.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag bei der Reform des Justizsystems und bei der Schaffung einer modernen Rechtsordnung in Vietnam. Seit Januar 2007 hat die KAS als Kopfstelle für die deutsch-vietnamesische Zusammenarbeit die Aufgabe übernommen, die deutschen Akteure an einen Tisch zu bringen. Diese Stelle soll dabei helfen, Erfahrungen noch besser auszutauschen und Initiativen aufeinander abzustimmen. In den nächsten Monaten wird auch auf vietnamesischer Seite eine zentrale Stelle geschaffen.

Bundespräsident Horst Köhler hat während seines ersten Staatsbesuches in Vietnam am 22. Mai 2007 an einer Podiumsdiskussion zur Reform des Rechtsstaates teilgenommen. Damit würdigte er die Bedeutung dieser Initiativen für den gesellschaftlichen und politischen Wandel in Vietnam.

MDgt Eberhard Siegismund, Bundesministerium der Justiz, Deutschland (zweiter von rechts) im Gespräch (v.l.n.r.: der stellvertretende dt. Botschafter, Hans Jörg Neumann im Gespräch mit dem Auslandsmitarbeiter der KAS in Rumänien, Dr. Holger Dix).



Adenauer-Stiftung [...] erstreckt sich ... auch auf jene Staaten, die noch nicht der Europäischen Union angehören und erinnert damit zugleich daran, dass Europa mehr ist als die 27 Mitgliedstaaten der EU. [Die Studie] ist ein wertvoller Beitrag für den europäischen Diskussionsprozess über Mindestrechte im Strafverfahren [...]. Die Sicherung der Bürgerrechte ist nämlich nicht nur eine europäische Aufgabe, sondern sie ist auch ein Auftrag nationaler Politik, Gesetzgebung und Justiz" – und damit wichtiger Zielgruppen des RSP SOE.

Die meisten Länder der Region befinden sich in einem Demokratie schädigenden Zustand der Einparteiendominanz einerseits und einer von Misstrauen und Abneigung geprägten Sprachlosigkeit zwischen Journalisten und Politikern andererseits.

## MEDIENPROGRAMME

# DAS REGIONALE MEDIENPROGRAMM SUBSAHARA-AFRIKA

Die Länder südlich der Sahara befinden sich in einem Zustand der permanenten Transformation. Demokratie und Entwicklung haben, mit wenigen Ausnahmen, in den letzten Jahren immer mehr Fortschritte gemacht. Die Medienfreiheit konnte dabei leider aber nur zum Teil mithalten. Die Förderung kritischer Medien ist in dieser Situation unerlässlich, denn sie machen als Motor von Reformen Demokratie und Entwicklung oft erst möglich, beziehungsweise tragen durch ihre Kontrollfunktion erst zu deren Nachhaltigkeit bei.

Daher betreibt die Stiftung seit 2002 das regionale Medienprogramm mit Sitz in Johannesburg. Der regionale Ansatz der Arbeit ist deshalb so wichtig, da grenzübergreifende Maßnahmen dringend notwendige Netzwerke schaffen, wodurch die jeweiligen Akteure weniger verletzlich gegenüber einzelstaatlicher Repression werden. Aushängeschild dieses Arbeitsbereichs ist die jährliche Media Leadership Conference mit Chefredakteuren, Eignern und Herausgebern aus der ganzen Region.

Da das journalistische Ausbildungsniveau in Subsahara-Afrika zu großen Teilen als nicht ausreichend bezeichnet werden muss, engagiert sich das Medienprogramm besonders in der Weiterbildung von Journalisten. Zum einen geht es dabei um die Weiterqualifizierung in fachlicher Hinsicht, also die Befähigung der Teilnehmer, zum Beispiel eine Pressekonferenz des Wirtschaftsministeriums zu verstehen und kritisch zu reportieren. Zum anderen geht es um handwerkliche Fähigkeiten der Journalisten. Also um die Frage, wie die Teilnehmer ihr neugewonnenes Wissen allgemein verständlich und spannend an die Nutzer weitervermitteln können. Denn nur so kann Medienentwicklung ihr volles Potenzial entwickeln. Ein Beispiel dafür sind die Wahlberichterstattungsworkshops für Radiojournalisten.

Ein zusätzlicher Themenschwerpunkt ist das Medienrecht. Hierbei lehrt die Erfahrung, dass die Medienmacher selbst ihre Rechte und Pflichten oft nicht kennen. Das macht eine selbstbewusste Berichterstattung in einem Umfeld, in dem staatliche Stellen gern und oft mit absurden Anklagepunkten unliebsame Be-

richterstattung zum Schweigen bringen wollen, wenig wahrscheinlich. Das Medienprogramm hat daher eine Reihe von Handbüchern entwickelt, die die Situation in elf Ländern des südlichen Afrika analysiert. Stark nachgefragt werden die Bücher in Medienhäusern, Ausbildungsstätten, Universitäten und sogar vereinzelt in den nationalen Parlamenten.

Ein gänzlich neues Arbeitsfeld für das Medienprogramm sind die politischen Parteien. Die meisten Länder der Region befinden sich in einem Demokratie schädigenden Zustand der Einparteiendominanz einerseits und einer von Misstrauen und Abneigung geprägten Sprachlosigkeit zwischen Journalisten und Politikern andererseits. Um diese Faktoren aufzubrechen, nutzt das Medienprogramm einen neuen Seminartypus. Journalisten und Politiker erarbeiten in gemischten Teams Strategien für eine imaginäre Partei. Die Folge: Oppositionsparteien haben anschließend ein besseres Wahlkampfinstrumentarium zur Verfügung, gleichzeitig werden die Gräben zwischen Journalisten und Politikern aufgeweicht und somit neue Kontakt- und Informationsmöglichkeiten geschaffen.



*Workshops für Radiojournalisten vermitteln Fachkenntnisse und handwerkliche Fähigkeiten.*

### Die Medienarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

*wird im Rahmen von vier regionalen Medienprogrammen mit eigens entsandten Auslandsmitarbeitern mit Sitz in folgenden Städten wahrgenommen:*

- Buenos Aires (für Lateinamerika),
- Johannesburg (für Afrika südlich der Sahara),
- Singapur (für Asien) und
- Sofia (für Südosteuropa)

*Die Arbeit der einzelnen Medienprogramme wird in KAS INTERNATIONAL sukzessive vorgestellt. Nachdem sich in der letzten Ausgabe das regionale Medienprogramm in Asien präsentierte, folgt in diesem Heft Afrika südlich der Sahara.*



## KAMBODSCHANISCHER JOURNALISTENVERBAND GEHT ONLINE

Der größte kambodschanische Journalistenverband „Club of Cambodian Journalists“ (CCJ) ist, unterstützt von der KAS Kambodscha, mit einer eigenen Website online gegangen. Was in Europa vielleicht für wenig Aufsehen sorgen würde, ist in Kambodscha schon eine kleine Besonderheit. Denn um die Computer- und Internetkenntnisse der Kambodschaner ist es bisher schlecht bestellt. So auch unter den Journalisten: Von mehr als 130 Mitgliedern des CCJ verfügen lediglich 17 über eine Emailadresse. Viele Journalisten schreiben ihre Artikel per Hand und lassen diese von eigens eingestellten Schreibern in den Computer tippen. Die Vorteile und Errungenschaften einer informationstechnisch globalisierten Welt gehen damit an dem Großteil der kambodschanischen Journalisten vorbei. Mit einer stets aktualisierten Website und der Etablierung eines Newsletters versucht der CCJ, diesen Missständen nun entgegen zu treten.

Mit dem Ziel der Professionalisierung, der besseren Interessenvertretung und der Stärkung der finanziellen und politischen Unabhängigkeit der Medien wurde der CCJ mit Hilfe der KAS im Jahr 2000 gegründet. 21 Jahre nach Ende der Herrschaft der Roten Khmer (die auch die völlige Zerstörung der journalistischen Landschaft in Kambodscha zur Folge hatte) und 11 Jahre nach dem Ende der vietnamesischen Besatzung (unter der die Presse gleichgeschaltet war), wurde mit der Gründung eines Journalistenverbandes ein Signal in Richtung einer freien und unabhängigen Medienlandschaft gesetzt. Mit dem Ziel der Stärkung der Medien in Kambodscha bleibt die KAS nach wie vor größter Geldgeber (auch wenn der CCJ durch seinen Erfolg andere Geber gewinnen konnte).

Doch auch sieben Jahre nach der Gründung des CCJ kann von einer freien und selbstbewussten Medienlandschaft in Kambodscha nicht ernsthaft gesprochen werden. Größtes Hemmnis auf dem Weg dahin ist nach wie vor die starke Bindung vieler Journalisten bzw. ihrer Organe an die Parteien des Landes. Zudem liefert die unzureichende Bezahlung vieler Journalisten den Nährboden für Korruption. Um diesen Zuständen entgegenzuwirken setzt sich der CCJ für die



*Die Herrschaft der Roten Khmer hatte auch die völlige Zerstörung der journalistischen Landschaft in Kambodscha zur Folge. Die KAS unterstützt den im Jahr 2000 gegründeten Journalistenverband CCJ.*

Verabschiedung der Selbstverpflichtung journalistischer Standards („Code of Ethics“) ein. Auch die durch die KAS initiierte Medienfakultät an der Royal University of Cambodia trägt zur Verbesserung der journalistischen Qualität in Kambodscha bei. Doch besonders unter den „älteren Semestern“ des journalistischen Standes besteht erheblicher Nachholbedarf bezüglich der Internetkenntnisse.

Mit der Einführung der Website und des Newsletters hat der CCJ nun einen weiteren Anreiz für den Ausbau der Internet- und Computerkenntnisse seiner Mitglieder geschaffen. In Seminaren werden diese Kenntnisse durch den CCJ gezielt vermittelt. Erste Erfolge lassen sich verzeichnen: Die Website wurde in der ersten Woche nach ihrer Einführung von über 1000 Besuchern angeklickt.

**Engagement, Kreativität und Mut gehören zum Geschäft.  
Sonst bleibt man besser zuhause.**

## PARTEIEN- UND PARLAMENTSBERATUNG

### NIGERIA WÄHLT – KAS HILFT

Wahlen in Nigeria haben etwas Abenteuerliches – wären sie nicht so ernst und wichtig für die Stabilisierung der jungen Demokratie. Politische Intrigen bis hin zum Mord, Gerichtsverfahren gegen Kandidaten, Wahlmaschinen, die wegen defekter Batterien ausfallen, aber auch 40 Mio. EUR Wahlhilfe der EU plus hunderte Wahlbeobachter: Was kann die KAS da ausrichten?

Mit Kreativität und Engagement geht noch recht viel. In unseren Radioprogrammen „Vision Nigeria by KAS“ und in Seminaren haben wir mehrere Millionen Wähler vorbereitet: Überhaupt wählen, seine Stimme nicht verkaufen, gute Kandidaten von schlechten unterscheiden, Wahlfälschungen verhindern, aufziehende Konflikte entschärfen, den Gegner nicht einfach verprügeln oder sein Haus anzünden. Wir schaffen für Nigeria Chancen zu lernen.

Auch die politische Elite braucht Beratung: Zwei Staatsparlamente wurden auf die Wahlen vorbereitet. Gewaltenteilung, Öffentlichkeitsarbeit und Konfliktmanagement waren Themen. Viele „unserer“ Abgeordneten wurden wiedergewählt. Nebenbei konnten wir uns den islamischen Norden Nigerias erschließen, bisher Niemandland für deutsche Stiftungen.

Mit dem Goethe-Institut und Communicating for Change haben wir einen Wettbewerb für Jungfilmer ausgeschrieben. Aufgabe: 90 Sekunden Filmspot zu Demokratie und „Good Governance“. Von über 50 Einsendungen wurden drei verfilmt und im Fernsehen und als Vorprogramm zu einem Spielfilm gezeigt. „Your Choice“, gewann einen Filmpreis. Der Informationsminister war darüber verärgert – ein Zeichen, dass der Film ins Schwarze getroffen hat? Etwas Mut gehört auch zum Geschäft, besonders in Nigeria. Sonst bleibt man besser zuhause.

Zusammen mit der Erzdiözese Abuja und dem Muslim Consultative Forum riefen wir das „Nigerian Moral Leaders Forum for Peaceful Elections“ ins Leben. Yar Adua und Atiku Abubakar, zwei der wichtigsten Präsi-

denchaftskandidaten, sandten enge Mitarbeiter mit Botschaften, in denen sie sich zu friedlichem und fairem Verhalten verpflichteten. Yar Adua ist inzwischen zum Präsidenten gewählt. Es ist dabei nicht so fair und friedlich zugegangen, wie wir uns gewünscht hätten, aber immerhin kommt es zu einem friedlichen Machtwechsel. Vielleicht haben wir ein wenig dazu beigetragen.



*Dr. Klaus Pähler mit den Leibwächtern eines traditionellen Herrschers in Nigeria.*

## HANDBUCH ZUR POLITISCHEN KOMMUNIKATION

Die Steigerung der politischen Kommunikation(sfähigkeit) von Parteien sowie ihrer Kandidatinnen und Kandidaten ist ein Schwerpunkt im Rahmen der internationalen Parteienzusammenarbeit der KAS. Unter Federführung von Bundesministerin a.D. Claudia Nolte hat das Auslandsbüro der KAS in Belgrad ein Handbuch zur politischen Kommunikation erstellt. In sechs Kapiteln werden zentrale Themen der politischen Kommunikation, der Programmarbeit und -präsentation dargestellt. Das Handbuch gibt Anregungen, welche Leistungen eine Parteizentrale ihren Kandidaten anbieten kann und hilft Kandidaten, ihre politische Kommunikationsfähigkeit zu verbessern.

Das Handbuch richtet sich vor allem an demokratische Parteien, an Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der KAS, aber auch an diejenigen, die in den Bereichen der politischen Bildung und Kommunikation sowie der Parteiarbeit tätig sind. Es ist inhaltlich allgemein und formal offen genug, um an die jeweiligen Kontextbedingungen in den verschiedenen Regionen, in denen die KAS aktiv ist, angepasst zu werden. Die Publikation kann von der Zentrale der KAS bezogen werden. Ansprechpartner ist Dr. Karsten Grabow.

## ZUSAMMENARBEIT VERTIEFEN – VERTRAUEN FÖRDERN

Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments, eröffnete mit einer programmatischen Rede zusammen mit KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher die Parlamentarierkonferenz „Hin zu einer Euro-Mittelmeer Region voller Chancen: Euro-Med Freihandelszone 2010 und eine gemeinsame Migrationsstrategie“ am 18. März 2007 in Tunis. Auf Initiative des Regionalprogramms Nahost/Mittelmeer der KAS und der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament kamen Parlamentarier der EVP-ED-Fraktion sowie aus den südlichen Mittelmeeranrainern zur mittlerweile zweiten Konferenz im Rahmen des Euro-Med-Parlamentariernetzwerkes zusammen. Ziele des von der KAS und der EVP-ED-Fraktion initiierten Netzwerkes sind es, einen informellen Austausch zwischen Mandatsträgern aus Europa, dem Maghreb und dem Mashrek im Rahmen eines offenen und konstruktiven Dialoges zu fördern und damit den Mittelmeerdiallog nachhaltig auf parlamentarischer Ebene zu verankern.



Der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering (2.v.r.) und KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher (2.v.l.) mit Teilnehmern der Tagung in Tunis.

Der politische Dialog dient dem Meinungsaustausch, der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für vertrauensvolle Zusammenarbeit.

### POLITISCHER UND SICHERHEITSDIALOG

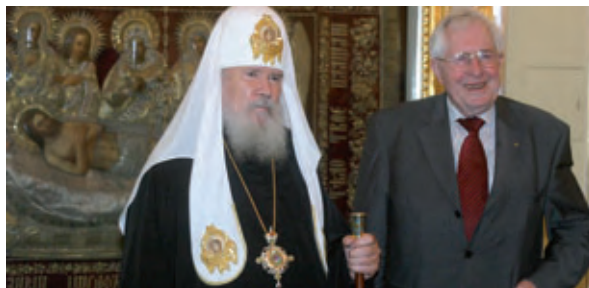
## HERAUSFORDERUNGEN FÜR CHRISTLICH- DEMOKRATISCHE POLITIK

Auf Einladung der KAS in Chile traf sich eine Delegation unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Deutschlands, Herrn Ministerpräsident Dr. Roland Koch, mit führenden Politikern der christlich-demokratischen Partei Chiles (PDC) zum politischen Meinungsaustausch. Die Vertreter der Parteien betonten, dass die in CDU und PDC zur Zeit stattfindende Programmdiskussion einen geeigneten Weg zur Verdeutlichung christlich-demokratischer Grundsätze darstellt.

Präsidentin der PDC, Frau Soledad Alvear, und Mitglieder des PDC-Vorstands mit Ministerpräsident Dr. Roland Koch vor den KAS-Büros in Santiago de Chile (16.03.07).



Patriarch Alexej II. empfängt den Vorsitzenden der KAS, Prof. Dr. Bernhard Vogel.



## RUSSLAND UND DIE EU: DIFFERENZEN UNTER PARTNERN

Der Vorsitzende der KAS, Prof. Dr. Bernhard Vogel, bereiste zusammen mit dem Leiter der Internationalen Zusammenarbeit der Stiftung, Dr. Gerhard Wahlers, vom 29. Mai bis 4. Juni 2007 Russland zu Gesprächen mit Politikern, Wissenschaftlern und Menschenrechtlern sowie einer Audienz beim Oberhaupt der Russisch Orthodoxen Kirche, Patriarch Alexej II. Ziel war die Intensivierung des Dialoges und der Zusammenarbeit mit den russischen Partnern, denn Europa braucht Russland und Russland braucht Europa.

In den letzten Monaten seien Differenzen zwischen Russland und der EU deutlich geworden, so Vogel. Doch Differenzen unter Partnern und Freunden dürften nicht zu einer Krise der Beziehungen oder gar dem Abbruch des Dialoges führen. Die Themen Menschenrechte und Demokratie müssten immer wieder angesprochen werden. Dies jedoch nicht als eine abweisende Forderung, sondern als ein hilfreicher Beitrag.

### +++ KURZMELDUNGEN +++

#### Herzog in China

Prof. Dr. Roman Herzog, Bundespräsident a. D. und Vorsitzender des Kuratoriums der KAS, eröffnete im Rahmen eines von der KAS koordinierten Besuchsprogramms in China am 24. April 2007 die vom Chinese Institute of International Strategic Studies ausgerichtete Konferenz „Informationssicherheit: China und die Welt“ in Peking.



#### Rinsche in Chile

Im Rahmen eines von der KAS in Santiago de Chile organisierten Festaktes anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge stellte KAS-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Günter Rinsche eine KAS-Publikation zum Verhältnis von EU und Lateinamerika vor. Hier befindet sich Prof. Dr. Rinsche im Gespräch mit dem früheren chilenischen Staatspräsidenten, Patricio Aylwin.

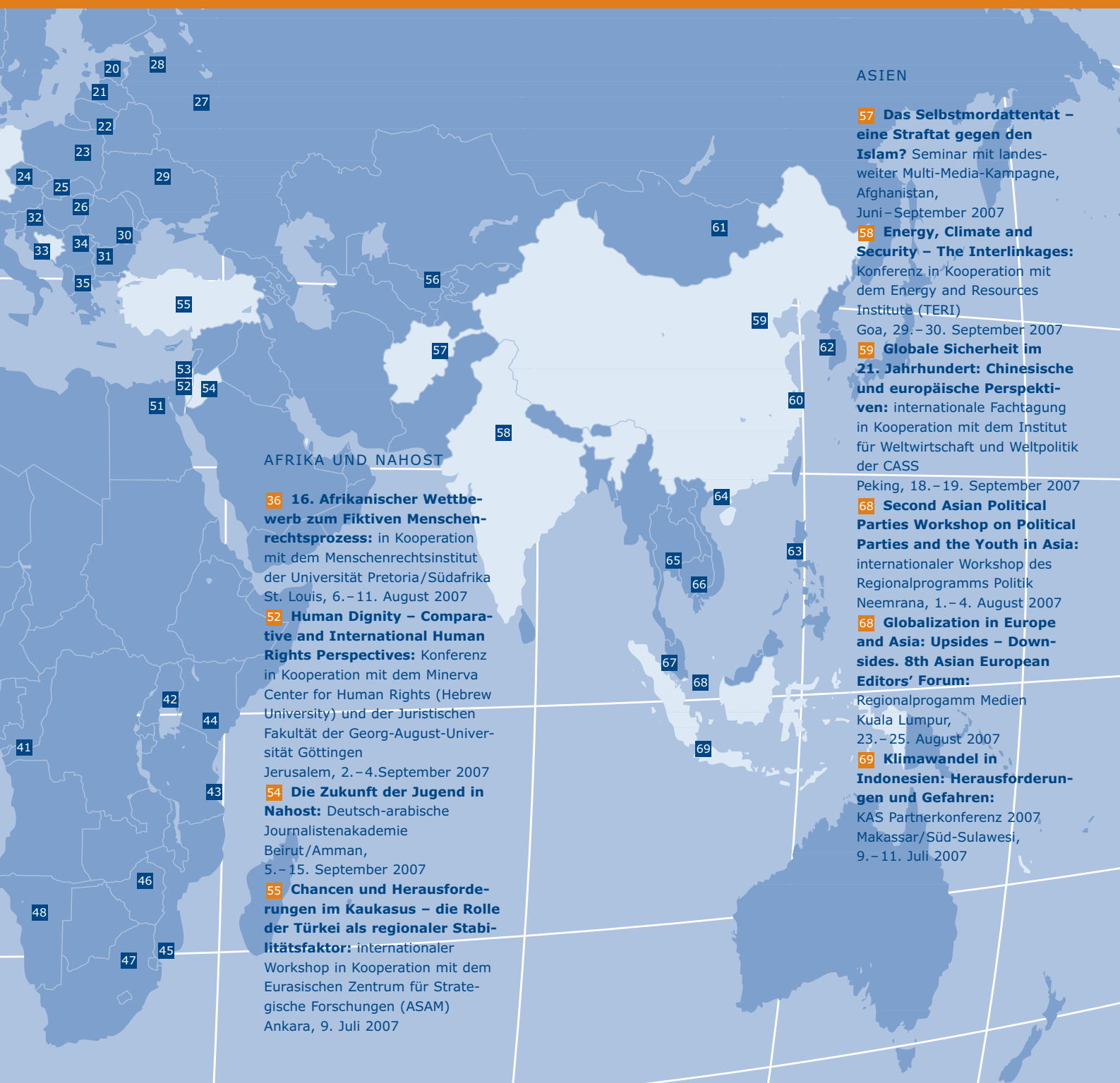


## Ausblick auf ausgewählte bevorstehende Veranstaltungen

## KAS PANORAMA



AUSLANDSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** 1 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsbüro) | 2 Kolumbien, Bogotá | 3 Ekuador, Quito | 4 Peru, Lima | 5 Bolivien, La Paz | 6 Chile, Santiago de Chile | 7 Brasilien, Fortaleza und Rio de Janeiro | 8 (Lima) | 9 (Lima) | 10 (Lima) | 11 (Lima) | 12 (Lima) | 13 (Lima) | 14 (Lima) | 15 USA, Washington | 16 Großbritannien, London | 17 Belgien, Brüssel (Europabüro) | 18 Frankreich, Paris | 19 Slowakei, Bratislava | 20 Ungarn, Budapest | 21 22 Russische Föderation, Moskau und Sankt Petersburg | 23 Ukraine, Kiew | 24 Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsbüro) | 25 Serbien, Belgrad | 26 Republik Mazedonien, Skopje | **SUBSAHARA-AFRIKA** 27 Senegal, Dakar | 28 Liberia, Monrovia | 29 Ghana, Accra | 30 Tansania, Dar Es Salam | 31 Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und Regionalprogramm Rechtsstaat) | 32 Mosambik, Maputo | 33 Simbabwe, Harare | 34 Republik Tunesien, Tunis | 35 Ägypten, Kairo | 36 Israel, Jerusalem | 37 Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah | 38 Jordanien, Amman (Regionalprogramm Nahost) | 39 Türkei, Ankara | 40 China, Peking und Shanghai | 41 Mongolei, Ulan Bator | 42 Republik Korea, Seoul | 43 Philippinen, Manila | 44 Vietnam, Hanoi | 45 Thailand, Bangkok | 46 Kambodscha, Phnom Penh



## AFRIKA UND NAHOST

**36 16. Afrikanischer Wettbewerb zum Fiktiven Menschenrechtsprozess:** in Kooperation mit dem Menschenrechtsinstitut der Universität Pretoria/Südafrika St. Louis, 6. – 11. August 2007

**52 Human Dignity – Comparative and International Human Rights Perspectives:** Konferenz in Kooperation mit dem Minerva Center for Human Rights (Hebrew University) und der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen Jerusalem, 2. – 4. September 2007

**54 Die Zukunft der Jugend in Nahost:** Deutsch-arabische Journalistenakademie Beirut/Amman, 5. – 15. September 2007

**55 Chancen und Herausforderungen im Kaukasus – die Rolle der Türkei als regionaler Stabilitätsfaktor:** internationaler Workshop in Kooperation mit dem Eurasischen Zentrum für Strategische Forschungen (ASAM) Ankara, 9. Juli 2007

## ASIEN

**57 Das Selbstmordattentat – eine Straftat gegen den Islam?** Seminar mit landesweiter Multi-Media-Kampagne, Afghanistan, Juni – September 2007

**58 Energy, Climate and Security – The Interlinkages:** Konferenz in Kooperation mit dem Energy and Resources Institute (TERI) Goa, 29. – 30. September 2007

**59 Globale Sicherheit im 21. Jahrhundert: Chinesische und europäische Perspektiven:** internationale Fachtagung in Kooperation mit dem Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik der CASS Peking, 18. – 19. September 2007

**68 Second Asian Political Parties Workshop on Political Parties and the Youth in Asia:** internationaler Workshop des Regionalprogramms Politik Neemrana, 1. – 4. August 2007

**68 Globalization in Europe and Asia: Upsides – Downsides. 8th Asian European Editors' Forum:** Regionalprogramm Medien Kuala Lumpur, 23. – 25. August 2007

**69 Klimawandel in Indonesien: Herausforderungen und Gefahren:** KAS Partnerkonferenz 2007, Makassar/Süd-Sulawesi, 9. – 11. Juli 2007

tsprogramm Mexiko, Zentralamerika, Karibik) **2** Guatemala, Guatemala-Stadt **3** Nicaragua, Managua **4** Costa Rica, San José **5** Venezuela, Caracas  
 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südamerika) **14** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Me-  
 spanien, Madrid **20** Estland, Tallinn **21** Lettland, Riga **22** Litauen, Vilnius **23** Polen, Warschau **24** Tschechische Republik, Prag **25** Slowakische Republik,  
 regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) **31** Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) **32** Kroatien, Zagreb **33** Bosnien und Her-  
 Accra **39** Benin, Cotonou (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Bildung Westafrika) **40** Nigeria, Abuja **41** D.R. Kongo, Kinshasa **42** Uganda, Kampala  
 Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) **48** Namibia, Windhoek | **NORDAFRIKA/NAHOST** **49** Marokko, Rabat **50** Tunesien,  
 Ankara | **ASIEN** **56** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprojekt Zentralasien) **57** Afghanistan, Kabul **58** Indien, New Delhi **59** **60** VR  
 Kambodscha, Phnom Penh **67** Malaysia, Kuala Lumpur **68** Singapur, Singapur (3 Regionalprogr.: Politik, Medien und Recht) **69** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta

Partnerschaft und Eigenverantwortung können zu mehr Frieden, Stabilität und Demokratie in Afrika beitragen.

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG



Yawovi Agboyibo, Premierminister von Togo und Hama Amadou, inzwischen zurückgetretener Premierminister von Niger, in der Akademie der KAS in Berlin.

## AFRIKA UND DER G8-GIPFEL: PARTNERSCHAFT UND EIGENVERANTWORTUNG

„Ziel ist, die Erwartungen und Visionen von Afrikanern und Europäern zusammenzuführen und die weitere Zusammenarbeit unter das Motto Partnerschaft und Eigenverantwortung zu stellen“, so leitete Wilhelm Staudacher, Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, die internationale Konferenz „Afrika und der G8-Gipfel“ am 8. Mai in der Akademie der KAS in Berlin ein. Zu den afrikanischen und europäischen Gästen des dreitägigen Dialogprogramms, das die KAS gemeinsam mit der Stiftung Robert Schuman und der EVP-ED-Fraktion in Berlin organisiert hatte, zählten u. a. der Premierminister von Togo und der inzwischen demissionierte Premierminister von Niger. Yawovi Agboyibo und Hama Amadou sind nicht nur Regierungschefs (gewesen), ihre Parteien sind auch Mitglieder des kontinentalen Parteienbündnisses UPADD. Die „Union Afrikanischer Parteien für Demokratie und Entwicklung“ vertritt inzwischen 25 Parteien, die seit 1996 jährlich den sogenannten Windhoek-Dialog mit Parlamentariern der EVP-ED-Fraktion führen.

Unter Leitung des UPADD-Vorsitzenden, Isaias Samakua aus Angola, und des stellv. Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europaparlaments, Michael Gahler, verabschiedeten die Mitglieder des Windhoek-Dialogs am Vorabend der Konferenz die Berliner Erklärung „NEPAD und die Zusammenarbeit mit G8“. Dass afrikanische Politiker sich eigenverantwortlich für Demokratie und Entwicklung in ihren Ländern einsetzen wollen, wird eindeutig in der Berliner Erklärung dokumentiert.

„Wir, (...) die Mitglieder von UPADD und der EVP-ED-Fraktion erkennen an, dass die Armut des Kontinents auf die mangelnde Fähigkeit afrikanischer Staaten zurückzuführen ist, ihre Wirtschaft in ausreichendem Maße in den internationalen Handel zu integrieren, sowie auf schlechte Regierungsführung, die vor allem von Korruption gekennzeichnet ist. (...) Wir sind davon überzeugt, dass politische und wirtschaftliche Reformen notwendig sind, damit Afrika sich auf politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ebene im Kontext der Globalisierung weiter entwickeln kann“.

Die Prinzipien der Partnerschaft und Eigenverantwortung wurden von den Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Arnold Vaatz, Hartwig Fischer, Dr. Christian Ruck und Dr. Andreas Schockenhoff als wichtige Elemente der angestrebten Reformpartnerschaft zwischen Afrika und den G8-Staaten hervorgehoben. Beim Zusammentreffen mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckart von Klæden, und mit Abgeordneten der Arbeitsgruppe „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Menschenrechte und Auswärtiges“ im Deutschen Bundestag war schon nicht mehr von Partnerschaft die Rede, sondern von Freundschaft.

Der Windhoek-Dialog scheint tatsächlich einen neuen Rückenwind in Richtung Eigenverantwortung und Partnerschaft zu geben. Letztlich bestätigt dies die Berliner Erklärung eindrucksvoll: „Die Beziehungen zwischen Afrika und den G8-Staaten sollen sich durch Solidarität, Partnerschaft, geteilte Verantwortung und beiderseitiges Interesse auszeichnen“. Politische, soziale und ökonomische Bedingungen in Afrika sollten durch die Einführung von guter Regierungsführung sowie regelmäßigen, freien und fairen Wahlen verbessert werden. Die Umsetzung von NEPAD und die Transparenz ihrer Verfahren sollten nicht nur durch die Regierungen sicher gestellt werden, sondern auch durch die Mitwirkung von politischen Parteien, Parlamenten und Zivilgesellschaften. Eine Soziale Marktwirtschaft müsste in Afrika umgesetzt werden. Sie solle geeignet sein, den Privatsektor als elementaren Partner zu stärken und so die Entwicklung eines nachhaltigen Wachstums zu fördern, vor allem direkte Investitionen aus dem In- und Ausland anzuwerben, die soziale Verantwortung auszubauen, ein langfristig stabiles Umfeld zu sichern und die Handelsbeziehungen zwischen den afrikanischen Staaten zu erleichtern.

Wenn diese drei Tage dazu beigetragen haben, dass sich Afrikaner und Europäer über ihre Erwartungen, Ideen und Visionen verständigt haben, sind Entwicklungsfortschritte in Afrika zwar noch nicht garantiert, aber Meilensteine gesetzt worden. Demokratie und Entwicklung brauchen Zeit und vor allem Dialog.

Michael Gahler, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europaparlaments.



UPADD-Vorsitzender Isaias Samakua aus Angola.

## ALLIANZ DER AFRIKANISCHEN INITIATIVEN FÜR FRIEDEN UND STABILITÄT IN WESTAFRIKA

### DEUTSCHE PARLAMETARIER AUF DER INSEL GORÉE

Die der senegalesischen Hauptstadt vorgelagerte Insel Gorée beherbergt heute nicht nur die Relikte ihrer Vergangenheit – wie das Sklavenhaus und das Castel. Das Gorée-Institut gehört ebenfalls zum Dekor der Insel. Die KAS Dakar, das Gorée-Institut und die GTZ organisierten am zweiten Aprilwochenende einen internationalen Workshop auf Gorée, bei dem zahlreiche Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen und Verantwortliche von Fraueninitiativen aus Senegal, Guinea Bissau, Burkina Faso, Guinea, Mali und Côte d'Ivoire nach Lösungen zur Verbesserung der Bildungssituation für Mädchen und junge Frauen in Afrika suchten. Auch eine Delegation deutscher Parlamentarier unter der Leitung von Hartwig Fischer MdB sowie die deutsche Botschafterin nahmen an diesem KAS-Workshop teil.

In einigen Dörfern und Regionen Senegals verweigern bis heute religiöse Führer die Einrichtung von Schulen.

Mädchen müssten aber immer stärker in wissenschaftlichen und technischen Ausbildungsgängen gefördert werden, betonte die senegalesische Abgeordnete und ehemalige Ministerin Aminata Mbengue Ndiaye, die den Vorsitz des Workshops übernommen hatte.

Die Beiträge aus den verschiedenen Ländern verdeutlichen die zum Teil sehr ähnlichen Problematiken in den Ländern Westafrikas. Die Diskrepanz zwischen Jungen- und Mädcheneinschulung und -bildung ist in allen Ländern hoch und die bisher umgesetzten Strategien der Mädchenförderung zeigen nur begrenzt Wirkung.

Mit ihren sogenannten Exzellenzclubs für Mädchen bietet die NGO Fawe-Senegal in der Casamance ein erfolgreiches Gegenbeispiel. Die Mitglieder der Clubs



Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus Guinea und Mali.

erhalten ein kleines Studiengeld und verpflichten sich, eine Reihe von staatsbürgerlich und politisch bildenden Kursen zu belegen. Der Erfolg ist sichtbar, denn viele der Mädchen sind in der Folge in staatliche und private Stipendienprogramme aufgenommen worden. Auch „Mütterclubs“ wurden gegründet, die neben Stipendienprogrammen auch psychologische Unterstützung für Mädchen mit familiären Schwierigkeiten wie ungewollte Schwangerschaft und Zwangsheirat anbieten. Kleinkredite für Einkommen schaffende Maßnahmen tragen dazu bei, dass die Frauen finanziell unabhängig werden und die Mädchen für außerhäusliche Aktivitäten mehr und mehr von der Arbeit im Haus frei gestellt werden.

Zum Abschluss versprach die deutsche Parlamentarierdelegation, sich auf Ebene der Bundestagsausschüsse in Zukunft noch stärker für die Belange von Frauen in Afrika einzusetzen. Wenn alle an einem Strang ziehen, geht vielleicht alles etwas schneller. So schnell wie Gorée von der Sklaveninsel zum internationalen Tagungsort wurde.

KAS-Auslandsmitarbeiter Dr. Karsten Dümmel, Hartwig Fischer MdB CDU, deutsche Botschafterin in Dakar Doretta Loschelder und Dr. Karl Adicks MdB FDP.



„Wer anderes sollte aktiv werden, wer anderes sollte den Respekt vor der Freiheit des Menschen und der Menschenwürde überwachen als Europa?“

## DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG



Der KAS-Vorsitzende Prof. Dr. Bernhard Vogel moderiert das erste Podium, u. a. mit Vaclav Havel.

## DEMOKRATIE FÜR KUBA

Der angegriffene Gesundheitszustand Fidel Castros bietet den Anlass, über die weitere politische Entwicklung Kubas nachzudenken. Gemeinsam mit dem Internationalen Komitee für Demokratie auf Kuba (ICDC), das von Lech Walesa und Vaclav Havel gegründet wurde, lud die Konrad-Adenauer-Stiftung Ende April zu einer zweitägigen internationalen Konferenz unter dem Titel „Democracy in Cuba: Seeking Common Initiatives“ ein. Über 200 Teilnehmer aus Europa, Lateinamerika und den USA diskutierten mit im Exil lebenden Kubanern über die Möglichkeiten eines demokratischen Wandels auf der Karibikinsel.

In seiner Video-Grußbotschaft erinnerte der Vorsitzende des Movimiento der Liberación Cristiano in Kuba, Oswaldo Paya, daran, dass die kubanischen Bürgerrechtler der Solidarität durch die internationale Gemeinschaft bedürfen. Für Vaclav Havel ist dies eine Selbstverständlichkeit: „Wer anderes sollte aktiv werden, wer anderes sollte den Respekt vor der Freiheit des Menschen und der Menschenwürde überwachen als Europa“, fragte der frühere tschechische Präsident.

und der Bevölkerung den Zugang zu freien Informationen zu gewähren. Vor einem entsprechenden Wunschenken warnte jedoch der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Günter Nooke: „Das System ist stabil und wird auch nach Fidel nicht kollabieren“. Anders als im Osteuropa der 80er Jahre gebe es auf Kuba kein Gefühl der Fremdherrschaft, sondern Nationalismus in Abgrenzung zu den USA.

Die Empfehlungen, die am Ende der Konferenz durch die Teilnehmer formuliert wurden, gehen schließlich in eine gemeinsame Richtung. Die Europäische Union solle klare Signale an die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten in Havanna senden, dass sie ein Fortsetzen der Politik Castros nicht tolerieren werde und eine Kooperation mit dem Nachfolgeregime nicht möglich sei, solange es keine Veränderungen hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gibt. Die unabhängige Zivilgesellschaft solle weiterhin durch die EU unterstützt werden und auf internationaler Ebene solle die EU mit anderen internationalen Akteuren eine gemeinsame Kuba-Politik entwickeln.

Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Günter Nooke.



Der ehemalige tschechische Präsident Vaclav Havel eröffnet die Konferenz.



Der Vorsitzende der Christlichen Befreiungsbewegung Kubas, Oswaldo Paya, bei seiner Videobotschaft.

In der Frage, wie der Demokratisierungsprozess von internationalen Akteuren unterstützt werden kann, herrschte Uneinigkeit. Während der Vorsitzende der KAS, Prof. Dr. Bernhard Vogel, die Wirtschaftsblockade der letzten 45 Jahre für „kontraproduktiv“ hält, will Caleb

McCarthy als zuständiger Koordinator im US-Außenministerium diese nicht aufheben. CDU-Politiker Arnold Vaatz MdB warnte, dass zu wenig auf die innerkubanischen Kräfte der Veränderung gesetzt werde – so wie die westlichen Politiker auch während des Kalten Krieges nicht an die „Endlichkeit des Sowjetimperiums“ geglaubt hatten. In diesem Sinne ermutigte der Außenminister der Tschechischen Republik, Karel Schwarzenberg, die Kubaner zur Demokratie aus der eigenen freien Entscheidung heraus und sagte seine Unterstützung zu. Er appellierte an das kubanische Regime, alle politischen Gefangenen frei zu lassen

## MERKEL WÜRDIGT KAS IN ISRAEL

Auf ihrer jüngsten Reise in den Nahen Osten besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 1. April Israel. Als ihr von der Hebräischen Universität die Ehrendoktorwürde verliehen wurde, würdigte die Bundeskanzlerin auch die gute Zusammenarbeit der KAS mit der Hebräischen Universität. Die Hebräische Universität ist seit 27 Jahren einer der wichtigsten Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Reise der Bundeskanzlerin stand im Zeichen der EU-Ratspräsidentschaft und war von dem Bemühen geleitet, trotz großer Schwierigkeiten durch die Unterstützung auch positiver Entwicklungen der letzten Zeit den

politischen Prozess für eine Lösung des Nahostkonfliktes wieder voranzubringen.



Am Rande des Besuchs von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel kam es auch zu einer Begegnung mit Dr. Lars Hänsel, Auslandsmitarbeiter der KAS in Jerusalem.





Ein Symbol für die Abschaffung des Sklavenhandels: Statue eines Künstlers von Martinique.

200 Jahre nach Abschaffung des transatlantischen Sklavenhandels breiten sich moderne Formen der Sklaverei wie der Menschenhandel immer weiter aus – obwohl das „Palermo-Protokoll“ der VN diesen bereits 2000 zur internationalen Straftat erklärte.

## MENSCHENRECHTE

# HÖHERE STANDARDS BEIM SCHUTZ DER OPFER VON MENSCHENHANDEL

Seit November 2005 liegt eine Konvention des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels (ETS 197) zur Ratifikation auf, die im Gegensatz zum bestehenden Regelwerk den Schutz der Opfer von Menschenhandel in den Mittelpunkt stellt. Auf einer gemeinsam von KAS, Europarat und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im April 2007 in Berlin veranstalteten Fachkonferenz hatten über 200 Teilnehmer aus 11 europäischen Ländern Gelegenheit, sich über die spezifischen Maßnahmen der Konvention zu informieren und diese zu bewerten.

■ **Die Opfer erkennen:** Darias Anzeige (siehe Kasten) stellt eine rare Ausnahme dar. Menschenhandel ist ein Kontrolldelikt: die Polizei erlangt also in erster Linie durch eigene Aktivitäten Kenntnis von dieser Straftat. Allerdings gestaltet sich die Feststellung des Sachverhalts ausgesprochen schwierig. Meist schweigen die Opfer: weil sie sich mit den Tätern identifizieren („Stockholm-Syndrom“), weil sie sich illegal im Land aufhalten, weil sie ihre Rechte nicht kennen, oder weil sie Angst vor den Tätern haben. Daher verlangt die Konvention von den Vertragsparteien entsprechend qualifiziertes Personal sowie die Sicherstellung, dass kein potenzielles Opfer vor Beendigung der Identifizierung ausgewiesen wird.

■ **Die Opfer unterstützen:** Ist eine Person als Opfer identifiziert, sollen ihr zumindest ein gesicherter Lebensunterhalt, medizinische Notversorgung sowie sprachliche und rechtliche Hilfe gewährt werden. Weitergehende Rechte leiten sich aus dem Aufenthaltsrecht der Opfer ab, das sich in der EU aus Richtlinie 2004/81/EG ergibt. Die Konvention verlangt jedoch zusätzlich, dass den Opfern Unterstützung unabhängig von deren Aussagebereitschaft als Zeuge zu gewähren ist – was in vielen Staaten größeren Anpassungsbedarf schafft.

### DIE GESCHICHTE VON DARIA

Daria wurde von Polen nach Deutschland verschleppt und zur Prostitution gezwungen. Sie floh vor ihren Menschenhändlern und wurde ausgewiesen. Zurück in Polen meldete Daria ihre Geschichte der Polizei. Sie erhielt Unterschlupf bei einer NGO, fühlte sich dort aber nicht sicher. Nach ihrer Anzeige brachte die Polizei sie an den Ort, den sie als Wohnort der Täter identifiziert hatte, den Rückweg musste sie ohne Polizeischutz antreten. Danach hatte sie Angst und wollte der Polizei nicht mehr helfen. Letztlich wurde das Verfahren gegen die Täter aus Mangel an Beweisen eingestellt.

### KAS FÜR VERBESSERTEN OPFERSCHUTZ

Geleitet vom christlichen Menschenbild, setzt sich die KAS weltweit für die Menschenrechte ein und begrüßt die Konvention des Europarats, die die Würde der Opfer von Menschenhandel im Fokus hat. Effektive Bekämpfung des Menschenhandels verlangt einen mehrdimensionalen Ansatz, der Prävention, Strafverfolgung und Opferschutz verbindet. Über ihre Auslandsbüros sowie spezielle Regionalprogramme zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit engagiert sich die KAS für die Bekämpfung der Ursachen von Menschenhandel in den Herkunftsländern. Darüber hinaus befürwortet sie eine Verbesserung des Opferschutzes in Zielländern wie Deutschland. Wie die Praxis zeigt, trägt dieser wesentlich zur erfolgreichen Strafverfolgung bei und entfaltet so für die Täter letztlich abschreckende Wirkung.

■ **Die Opfer schützen:** In Darias Fall scheiterte die Strafverfolgung v. a. daran, dass sie sich nicht sicher fühlte. Um dies zu vermeiden, sieht die Konvention eine Erholungs- und Bedenkzeit im Zielland von mindestens 30 Tagen vor. So sollen sich die Opfer dem Einfluss der Menschenhändler entziehen und fundiert über eine Kooperation in der Strafverfolgung entscheiden können. Eine solche Mindestdauer gibt es nach EU-Recht bislang nicht. Selbst wenn die Opfer eine Kooperation zunächst ablehnen, kann ihnen nach der Konvention u. U. ein Aufenthaltstitel erteilt werden. Andernfalls sollen Repatriierungsprogramme ihre Wiedereingliederung im Herkunftsland gewährleisten.



Hanno Hartig, Generaldirektion für Menschenrechte des Europarats, illustriert die Notwendigkeit der Konvention anhand des Schicksals einer jungen Polin (berichtet von Anti-Slavery International).



Dr. Gerhard Wahlers, Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, erläutert Standpunkt und Engagement der KAS.

Die Verschiebung der globalen Schwerpunkte – nicht zuletzt im Bereich der Weltwirtschaft – erfordert dringend eine Anpassung der Struktur einer internationalen Ordnungspolitik.



Die Panelteilnehmer mit Eckart von Klaeden MdB und Prof. Dr. Beate Neuss, stellv. Vorsitzende der KAS.

## WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

# VERANTWORTUNG FÜR EINE GLOBALE ORDNUNG – DIE SCHWELLENLÄNDER IM DIALOG MIT DER G8

Die Frage der zukünftigen Struktur einer globalen Ordnungspolitik stellt sich vor dem Hintergrund der großen Verschiebungen in der Weltwirtschaft mit besonderer Dringlichkeit. Wenige einflussreiche Staaten werden in Zukunft die Gestaltung der Global Governance bestimmen und in diesem Zusammenhang müssen die aufstrebenden Staaten als Dialogpartner für die Lösung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Fragen gewonnen werden. Vor allem die fünf großen Wachstumsländer Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika – die sogenannten „Outreach“-Staaten (O-5) – rücken in das Zentrum des Interesses. Die KAS führte Mitte Mai 2007 im Vorfeld des G8-Gipfels Vertreter aus diesen fünf Ländern zum Dialog zusammen. Als „G8-Gastgeber“ nahm Eckart von Klaeden, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an der Podiumsdiskussion teil.

Die „Gruppe der Acht“ hat in den vergangenen Jahren in vielen Themenbereichen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren. Doch für eine nachhaltige Lösung von globalen Fragen in den Bereichen Handel und Finanzen, Energie und Umwelt sowie Außen- und Sicherheitspolitik kann die G8 nicht mehr ohne die wichtigen Schwellenländer agieren. Dies bedingt für die Länder wachsende Ansprüche auf Mitgestaltung einer globalen Ordnung, bringt in gleichem Maße

jedoch Verantwortung für die konstruktive Gestaltung multilateraler Zusammenarbeit mit sich. Auch die G8 hat ein starkes Interesse am Ausbau der Kooperation: Nur durch Zusammenarbeit mit den Wachstumsländern im Rahmen des „Outreach“ kann die G8 einem eigenen Bedeutungsverlust vorbeugen. Die Verschiebung der globalen Schwerpunkte – nicht zuletzt im Bereich der Weltwirtschaft – wird eine multipolare Ordnung mit sich bringen, in der nur ein frühzeitig etablierter Dialog mit den wichtigen Akteuren eine Marginalisierung der Gruppe verhindern kann.

Alle Vertreter der „Outreach“-Staaten sahen die begonnene Kooperation mit der G8 als wichtige Basis an, ihre Interessen zu Gehör zu bringen. Für die G8-Staaten bietet der Dialog die Möglichkeit, die aufstrebenden Länder verstärkt in die Verantwortung für eine globale Ordnungspolitik einzubinden. Hoffnung wird nun in den „Heiligendamm-Prozess“ gesetzt, der als Kooperation mit den Schwellenländern nach der deutschen G8-Präsidentschaft fortgeführt werden soll, um der wachsenden Multipolarität Rechnung zu tragen. Zu diesem Dialog wird das im vergangenen Jahr neu geschaffene Projekt „Globale Wirtschafts- und Sozialordnung“ der KAS auch in Zukunft einen Beitrag leisten.

## TRANSATLANTISCHE WIRTSCHAFTSINTEGRATION

„Wir brauchen einen offenen transatlantischen Wirtschaftsraum, damit die Normen unserer Zivilisation auch künftig weltweit eine Rolle spielen“, so der frühere Ministerpräsident von Spanien, José María Aznar, vor rund 300 geladenen Gästen bei der Podiumsdiskussion „Der Transatlantische Markt: Wie viel Integration ist nötig?“.

Die Veranstaltung der KAS fand Ende April wenige Tage vor dem EU/USA-Gipfel statt. Matthias Wissmann MdB wies darauf hin, dass mehr als 60 Prozent des weltweiten BIP auf den transatlantischen Wirtschaftsraum entfallen. Immer noch bremsen jedoch zu viele unterschiedliche Regeln und Standards das Wachstum. „Die Überregulierungen nutzen nur den Anwälten!“, so Wissmann. Österreichs Minister für Wirtschaft und Arbeit, Martin Bartenstein, fügte hinzu, dass ein transatlantischer Zusammenschluss auch helfen könne, sich auf Drittmärkten besser durchzusetzen. Um die Beziehungen zu verbessern, seien jedoch in erster Linie die Europäer gefordert, gab der Botschafter der Vereinigten Staaten bei der EU, C. Boyden Gray, zu bedenken: Die Vollendung des Binnenmarkts sei eine Voraussetzung, um die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen.

### Der Transatlantische Markt: Wie viel Integration ist nötig?



V.l.n.r. C. Boyden Gray, José María Aznar, Matthias Wissmann und Martin Bartenstein.



Das Rahmenabkommen wurde am 19. April 2007 bei einer Festveranstaltung in der Berliner Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung von Prof. Dr. Bernhard Vogel und Dr. Mongi Bousnina unterzeichnet.

## KOOPERATION MIT DER ARABISCHEN LIGA

Die Bedeutung von Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Kultur für die Entwicklung eines Landes erfährt derzeit in vielen Staaten der arabischen Welt verstärkte Aufmerksamkeit. Die KAS und die „Arab League Educational, Cultural & Scientific Organization“ (ALECSO) haben daraufhin beschlossen, ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage eines Rahmenabkommens zu intensivieren. Dies ist das erste Mal, dass eine offizielle Organisation der Arabischen Liga und eine deutsche politische Stiftung eine strategische Kooperation beginnen. Geplant sind u. a. Expertentreffen, Trainings, Workshops und Tagungen sowie gemeinsame Studien, Publikationen und Übersetzungen.

## SCHWARZMEER-KOOPERATION: MITTELSTAND FÖRDERN

Seit über zehn Jahren arbeitet die KAS mit dem Ständigen Sekretariat der „Black Sea Economic Cooperation“ (BSEC) in Istanbul an einem Projekt zur Mittelstandsförderung in der Schwarzmeerregion zusammen. In diesem Rahmen werden zweimal jährlich in verschiedenen Ländern der Region internationale Workshops zu fachspezifischen Fragen der

KMU-Politik organisiert, an denen Vertreter aus den 12 BSEC-Mitgliedsländern teilnehmen. Vom 25. bis 27. April 2007 fand ein Workshop zum Thema „Small and medium-sized enterprises in the tourism sector“ in Athen statt. Der Tourismussektor in der Region entwickelt sich äußerst dynamisch. Gerade für mittelständische Unternehmen bietet der Tourismus eine Chance für neue Aktivitäten und unternehmerische Konzepte sowie für Kooperation und Entwicklung im Schwarzmeerraum. Am Ende des dreitägigen Workshops wurde von den Teilnehmern ein Protokoll über den Stand der KMU-Politik im Tourismussektor im Schwarzmeerraum verfasst, das an Regierungen der BSEC-Mitgliedsländer adressiert wird.

V.l.n.r. Dimitrios Sioufas, griechischer Entwicklungsminister, Fani Palli-Petralia, Tourismusministerin Griechenlands, Jan Senkyr, KAS-Auslandsmitarbeiter in der Türkei.

## KAMPF GEGEN KORRUPTION IN PALÄSTINENSISCHEN NGOS

Korruption und mangelnde Transparenz bei palästinensischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind sehr problematische Themen innerhalb der palästinensischen Zivilgesellschaft. Laut einer kürzlich von der KAS durchgeführten Umfrage unter NGO-Angestellten halten 86,5% der Befragten Korruption für ein Problem, 30% haben bereits persönlich Korruption in ihrer NGO erlebt. Das Nazaha-Projekt zur Stärkung der Zivilgesellschaft durch die Verbesserung von Transparenz und Good Governance im NGO-Sektor wird von der Europäischen Kommission gefördert und von der KAS und ihrem lokalen Partner „Coalition for Accountability and Integrity“ (AMAN), der palästinensischen Sektion von Transparency International, gemeinsam implementiert. Mit dem Nazaha-Projekt hat sich die KAS das Ziel gesetzt, strikte Standards in Bezug auf Integrität, Rechenschaft und Transparenz im NGO-Sektor zu implementieren. Im Zentrum steht dabei ein Verhaltenskodex, der die Glaubwürdigkeit der NGOs verbessern soll.



## SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN WESTAFRIKA



Vom 4. bis 6. April 2007 fand in Lomé, Togo, erstmals eine Konferenz für die jungen Führungskräfte des afrikanischen Parteienbündnisses UPADD (Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement) statt. In Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte die West-Afrika-Sektion von

UPADD ihren Führungsnachwuchs eingeladen, um sich über das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zu informieren und zu diskutieren. Am Rande der Konferenz gründeten die jungen Parteimitglieder aus Togo, Benin, Mali, Niger, Côte d'Ivoire und Burkina Faso das Netzwerk der „UPADD-Jugend“, um der Stimme der jungen Generation innerhalb der UPADD-Parteien ein größeres Gewicht zu verleihen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung will mit ihrer Arbeit im Bereich „Werte- und Religionsdialog“ Brücken bauen. Brücken zwischen Kirchen und Religionsgemeinschaften, Brücken zwischen Politik und Kirche, Brücken zwischen Menschen.

www.kas.de

## WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG

# BRÜCKEN BAUEN – FRIEDEN FÖRDERN

## „FRIEDENSBRÜCKEN“ IN SERBIEN

Während sich Serbien in einem tiefgreifenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozess befindet, bietet der Glaube vielen Menschen Halt und Orientierung. Im sozialistischen Jugoslawien war es verpönt, sich zu seinem Glauben zu bekennen. Heute geben in Befragungen rund 85% der Serben an, der Serbisch Orthodoxen Kirche (SOK) anzugehören. Weitere 10% der Bevölkerung bekennen sich als Muslime, Katholiken und Protestanten.

Der SOK und den anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften kommt im ethnisch und religiös heterogenen Westlichen Balkan eine große Verantwortung für das friedliche Zusammenleben der Menschen zu. Seit Bestehen des Auslandsbüros der KAS in Belgrad hat der interreligiöse Dialog einen herausgehobenen Stellenwert für die Stiftung.

Inzwischen trägt der Dialog Früchte: 2007 haben SOK und katholische Kirche erstmals ein gemeinsam konzipiertes, von der KAS unterstütztes Projekt durchgeführt. Unter dem Seminartitel „Friedensbrücken“ trafen sich orthodoxe und katholische Jugendliche, um über Themen wie Toleranz, Verständigung und Identität zu sprechen. Im September 2007 wird das Auslandsbüro Belgrad eine Seminarreihe für junge Theologen aller in Serbien vertretenden Kirchen und Religionsgemeinschaften starten.



Bischof Irinej (SOK) im Gespräch mit orthodoxen und katholischen Jugendlichen im Rahmen der Seminarreihe „Friedensbrücken“.

## EINE KLANGBRÜCKE ZWISCHEN DEN RELIGIONEN – POLYPHONE HARMONIE IN AACHEN

Der Spanier Javier Solana erhielt in diesem Jahr den Karlspreis der Stadt Aachen. Sowohl als NATO-Generalsekretär als auch als Hoher Vertreter der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union hat sich Javier Solana intensiv mit den ethnisch-religiösen Konstellationen des Westlichen Balkans beschäftigt. Welche Chancen der interreligiöse Dialog für die Friedensförderung im Westlichen Balkan bietet, war daher das Thema einer Abendveranstaltung, die die KAS gemeinsam mit der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen und der Stadt Aachen am 26. April 2007 im Ballsaal des Alten Kurhauses Aachen durchführte.

Der Abt des Franziskaner-Klosters St. Anton in Sarajevo, Pater Anđelovic, brachte die Essenz der Gesprächsrunde mit dem langjährigen Präsidenten der COMECE (Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft) und emeritierten Hildesheimer Bischof Dr. Josef Homeyer, Mufti Nedžad Grabus aus Slowenien und dem Aachener Pfarrer Hans Christian Johnsen auf den Punkt: „Arm ist die Religion, die nicht dazu befähigt, mit anderen zusammenleben zu können. Friedensförderung durch interreligiösen Dialog ist keine Theorie. Wichtig ist die alltägliche Praxis, die aus dem Glauben erwachsen muss.“ Die Gesprächsrunde wurde von Professor Michael Rutz, Chefredakteur des Rheinischen Merkur, moderiert.

Dass die Harmonie zwischen Judentum, Christentum und Islam nicht anders als polyphon sein kann, verdeutlichten Anne-Lisa Nathan, Deniza Popova, Polina Proutskova, Johannes Schmelzer-Zirringer und Youssef El Tekhin mit einem jüdisch-christlich-muslimischen musikalischen Religionsdialog auf ihre Weise: Das Überschneiden und Ineinandergreifen der Stimmen machte sowohl die Unterschiede, als auch das Potenzial der gemeinsamen Existenz der Religionen für den Zuhörer mehr als eindrücklich erfahrbar.

„Ich ohne dich und du ohne mich, das ist wie eine Klinke ohne Tür...“ Diese Zeile aus dem jiddischen Lied „Di saposhekeh“ gaben die Sänger ihren Zuhörern mit auf den Weg.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen: „Richtig verstandener Religionsdialog setzt voraus, dass sich die beteiligten Gesprächspartner ernst nehmen und sich mit ernsthaftem Interesse begegnen.“ (Foto: Helmut Rühland)



Allein, zu zweit und auch gleichzeitig lieben die Musiker jüdisch-sephardische, christlich-orthodoxe und islamisch-arabische religiöse Gesänge erklingen. (Foto: Helmut Rühland)



Es diskutierten neben anderen: Dr. Norbert Lamert, Dr. Annette Schavan, Prof. Dr. Bernhard Vogel, Prof. Dr. Beate Neuss und Prof. Dr. Birgit Lermen. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung hatte die Staatspräsidentin Lettlands übernommen.

### „...SONDERN WIR SIND DIE ZUFLUCHT FÜR DAS ZUHAUSE.“ BRÜCKEN ZWISCHEN DEM EIGENEN UND DEM GEMEINSAMEN

„Brücken bauen in Europa“ – So lautete der Titel der großen kulturpolitischen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, die vom 19.–22. April 2007 in Riga, Lettland stattfand. Der Brückenschlag zwischen der Betonung des Eigenen, des Individuellen, des Einzigartigen und den gemeinsamen kulturellen Grundlagen Europas, zog sich dann auch wie ein roter Faden durch die Beiträge der anwesenden Wissenschaftler, Autoren, Europa-, Kultur- und Bildungspolitiker aus Deutschland, den EU-Neumitgliedstaaten, Russland und Belarus.

Zwei Dinge wurden deutlich: Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, nach den tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformprozessen in Ostmittel- und Südosteuropa, nach dem EU-Beitritt, drängen in diesen Ländern jetzt andere Fragen in den Vordergrund: Es ist die Frage nach den kulturellen und geistigen Grundlagen Europas. Zu diesem Klärungsprozess des eigenen identitären Standpunktes gehört auch die Frage nach dem Verhältnis zum „großen Nachbarn“ im Osten, der Russischen Föderation.

Dem Übersetzer Matthias Knoll war es schon am Eröffnungsabend mit seiner Rezitation von Mara Zalite gelungen, den roten Faden der Konferenz zu spinnen:

*Der heimische Herd  
glüht am Himmel.  
Um heimzukehren  
öffnen wir nicht Türen,  
sondern Bücher.  
Und bereiten einen Raum in uns,  
wo Heimat sein kann.*

*Wir können von der Schnecke nichts lernen,  
denn das Zuhause ist nicht Zuflucht für uns.  
Sondern wir sind die Zuflucht für das Zuhause.*

*Mara Zalite (deutsche Übersetzung: M. Knoll)*

## SELBSTMORDATTENTATE – EINE STRAFTAT GEGEN DEN ISLAM?

140 Selbstmordattentate wurden im Jahr 2006 in Afghanistan verübt. Grund genug für die KAS, mit religiösen Würdenträgern aus Afghanistan und Pakistan über Selbstmordattentate zu diskutieren und eine gemeinsame Erklärung zur normativen Verurteilung dieser Attentate zu erarbeiten. Im Rahmen eines Seminars „Das Selbstmordattentat – eine Straftat gegen den Islam?“ unter der Schirmherrschaft von Dr. Sebghatullah Mojaddidi, dem afghanischen Senatspräsidenten und Vorsitzenden der afghanischen Friedenskommission, wurde im Mai 2007 auf Basis islamischer Quellen eine Grundlage zur Ächtung von Selbstmordattentaten erarbeitet. Diese „Kabuler Resolution“ verurteilt Selbstmordattentate als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen den Islam. Von Juni bis September 2007 werden die „Kabuler Resolution“ und ihre wichtige Botschaft in Fernsehspots, mit einer Plakat-Aktion, einer dreisprachigen Publikation und durch die Produktion einer Audio-Kassette für Analphabeten verbreitet.

Der afghanische Senatspräsident Dr. Sebghatullah Mojaddidi verliest am 14. Mai 2007 die Resolution gegen Selbstmordattentate.



### STIPENDIATENTREFFEN IN SÜDOSTEUROPA: BRÜCKEN ZWISCHEN VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT

Die Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit vergibt Stipendien zum Studium in Deutschland, aber auch in den jeweiligen Heimatländern. Diese finanzielle Förderung wird durch ein Kursprogramm vor Ort unterstützt. Zudem finden für die Studenten aus Südosteuropa jährliche Regionaltreffen statt.

„Understanding the past for shaping a better common future“ war der Titel des diesjährigen Stipendiatentreffens von 57 Studenten aus Bulgarien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Rumänien und Serbien, an dem auch 22 deutsche KAS-Stipendiaten teilnahmen. Zentrales Thema des Treffens vom 23.–27. April 2007 im rumänischen Poiana-Brasov (Karpatten) war der Umgang mit belasteter – und belastender – Vergangenheit. Die Studierenden konnten ihre eigenen Erfahrungen einbringen, hatten aber bspw. auch Gelegenheit, mit Marius Oprea, dem Leiter des rumänischen Instituts für die Aufklärung der kommunistischen Verbrechen, zu sprechen.

**Erneuerbare Energien gewährleisten Entwicklungsländern eine umweltschonende, nachhaltige und von teuren Energieimporten unabhängige wirtschaftliche Entwicklung.**

## ENERGIE UND UMWELT

### POTENZIAL UND NUTZEN ERNEUERBARER ENERGIEN FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER

Erneuerbare Energien bieten Entwicklungsländern die Option, ihren Energiebedarf nicht nur in größerer Unabhängigkeit von Energieimporten wie Öl und Gas, sondern auch klima- und umweltschonend zu decken. Dies ist das Ergebnis einer internationalen Konferenz, zu der das New Yorker EastWest Institute und die Konrad-Adenauer-Stiftung am 28. Februar nach Brüssel eingeladen hatten und bei der führende Experten aus Europa, den USA sowie aus mehreren Entwicklungsländern mit Vertretern der europäischen Institutionen über die Chancen diskutierten, die der Einsatz von Solarenergie, Wind- und Wasserkraft, Erdwärme und Biomasse für eine sichere Energieversorgung und für die Minderung des für den Klimawandel verantwortlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bietet. Dass das Interesse für erneuerbare Energieträger wirklich weltumspannend ist, zeigt ein Blick in die Teilnehmerliste: Unter den knapp 200 Gästen waren über 50 Nationen vertreten.



*Das Entwicklungsländer das Potenzial erneuerbarer Energien erkannt haben und zunehmend den Wunsch haben, dieses auszuschöpfen, verdeutlichten Experten aus Indien, Brasilien und dem Senegal. Sie berichteten über den Einsatz dieser Technologien in ihren Heimatländern und stellten typische Anwendungen vor.*

Roland Kovia, Kabinettsmitglied von Energiekommissar Andris Piebalgs, erinnerte daran, dass der weltweite Energiebedarf bis 2030 um etwa 50 Prozent wachsen und der Investitionsbedarf auf rund 250 Milliarden Euro geschätzt werde. Es sei das Ziel der EU, diese Summe vor allem in erneuerbare Energien zu investieren. Dies unterstützte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Peter Paziorek. Er wies darauf hin, dass Deutschland und Europa eine Vorbildfunktion hätten und noch ehrgeizigere Ziele bei der Verwendung erneuerbarer Energien verfolgen könnten. Wichtig sei vor allem eine starke Verzahnung der Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern: Es müsse sich für europäische Unternehmen lohnen, in Entwicklungsländern zu investieren.



### KRINGS INFORMIERT SICH ÜBER US-KLIMAPOLITIK

Günter Krings, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung, informierte sich Anfang April über den Umgang der USA mit dem Klimawandel. In Washington traf er auf Vermittlung der Konrad-Adenauer-Stiftung hochrangige Politiker, Unternehmer und Vertreter von wissenschaftlichen Instituten und Think-Tanks. Aus der Bandbreite der Gesprächspartner konnte sich Krings ein umfassendes Bild über die aktuelle Klimapolitik der USA und deren Perspektiven nach den Präsidentschaftswahlen 2008 machen. Unser Bild zeigt Krings mit Jim Connaughton, dem umweltpolitischen Berater von Präsident Bush.

### KRUŠOVICER GESPRÄCHE ZUR ZUKUNFT DER ENERGIEPOLITIK IN DER EU

Die künftige Energiepolitik der Tschechischen Republik und der EU-Staaten stand im Mittelpunkt der „Krušovicer Gespräche“, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag jedes Jahr im Frühling gemeinsam mit der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer abhält, um mit Politikern und Unternehmern über die künftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu diskutieren. Ergebnis der diesjährigen Beratungen war, dass ein Umdenken bei der Energiegewinnung und beim Energieeinsatz notwendig ist. Als wichtigen Lösungsansatz identifizierten die Teilnehmer die Verringerung staatlicher Regulierung und die Ausweitung von Wettbewerbsstrukturen im Energiesektor.



Über eine Außenstruktur in 67 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DEM INT

## NAMEN UND GESICHTER:



### HELGA ROTHFRITZ

Dipl. Sozialpädagogin

- ist ab August 2007 Auslandsmitarbeiterin in Simbabwe.
- war zuvor Länderreferentin der KAS im Team Lateinamerika sowie Auslandsmitarbeiterin in Mexiko und Ekuador.
- Kontakt: [Helga.Rothfritz@kas.de](mailto:Helga.Rothfritz@kas.de)



### DR. ANDREAS JACOBS

Politik- und Islamwissenschaftler

- ist ab August 2007 Auslandsmitarbeiter in Ägypten.
- war zuvor Koordinator für Nahostpolitik und Islamische Länder in der HA Politik und Beratung.
- Kontakt: [Andreas.Jacobs@kas.de](mailto:Andreas.Jacobs@kas.de)



### HENNING SUHR

Politologe

- ist ab August 2007 Trainee im Auslandsbüro Brasilien/Rio de Janeiro.
- war zuvor freier Gutachter für die GTZ (Stabsstelle Unternehmensentwicklung).
- Kontakt: [Henning.Suhr@kas.de](mailto:Henning.Suhr@kas.de)



### KERSTIN VON BREMEN

M.A. Geschichte, Politologie, VWL

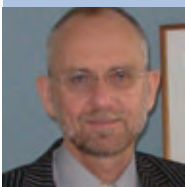
- ist ab September 2007 Auslandsmitarbeiterin in Costa Rica.
- war zuvor Länderreferentin in den Teams Afrika und Lateinamerika sowie Trainee der KAS in Mexiko.
- Kontakt: [k.vonbremen@kasmex.org.mx](mailto:k.vonbremen@kasmex.org.mx)



### DR. BERTHOLD WEIG

Vergleichende Religionswissenschaften und Theologie

- ist ab September 2007 Auslandsmitarbeiter in Ekuador.
- war zuvor u. a. Referent der KAS in den Teams Lateinamerika und Afrika/Nahost sowie Auslandsmitarbeiter in Brasilien/Rio de Janeiro.
- Kontakt: [Berthold.Weig@kas.de](mailto:Berthold.Weig@kas.de)



### REINHARD WILLIG

Dipl. Volkswirt

- ist ab September 2007 Referent für Argentinien, Brasilien, Chile sowie das Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika.
- war zuvor Auslandsmitarbeiter der KAS in Costa Rica.
- Kontakt: [Reinhard.Willig@kas.de](mailto:Reinhard.Willig@kas.de)

## NEUERSCHEINUNGEN – AFRIKA:



### AfriKAS – Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Afrika 2006-2007

Der Sammelband enthält eine Auswahl von Publikationen der Stiftung zu Afrika aus den Jahren 2006 und 2007. In 16 Aufsätzen werden entwicklungspolitische Grundsatzfragen diskutiert und die politische Situation in ausgewählten Ländern analysiert. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf Südafrika, wo sich die Stiftung seit über 25 Jahren engagiert.

- **Bezug:** [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_10768\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_10768_1.pdf) | ISBN 978-3-939826-39-2



### Partnerschaft und Eigenverantwortung – Thesenpapier zur Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika erfährt u. a. durch die EU-Ratspräsidentenschaft und den G8-Vorsitz Deutschlands derzeit erhöhte politische Aufmerksamkeit. Das in diesem Kontext verabschiedete Thesenpapier der KAS soll die Diskussion über

das Verständnis von Partnerschaft und die Eigenverantwortung unserer Partner in Afrika anregen.

- **Bezug:** [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_10723\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_10723_1.pdf)

## INT – ONLINE

Alles Wissenswerte rund um die Internationale Zusammenarbeit der KAS



- **Leitlinien der Internationalen Zusammenarbeit:** Zukunftsthemen, Ansprechpartner
- **Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik:** Projekte, Analysen, Veranstaltungen
- **Entwicklungspolitik:** Projekte, Analysen, Veranstaltungen
- **Länderinformationen:** Auslandsbüros, Länderberichte, Interviews

<http://www.kas.de/international/>



NEUERSCHEINUNGEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

**PUBLIKATIONSREIHE ZUR DEUTSCHEN EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT**



Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat die KAS eine Publikation vorgestellt, mit der sie dem weltweiten Interesse am Modell der Europäischen Union begegnet. Das parallel in Indien, den lateinamerikanischen Staaten und den USA herausgegebene Werk richtet sich an die dortigen politisch aktiven Eliten. Nach einleitenden Beiträgen der gegenwärtigen EU-Spitze Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (EU-Ratspräsidentin), Prof.

Dr. Hans-Gert Pöttering (Präsident des Europäischen Parlaments) und José Manuel Barroso (Kommissionspräsident) werden die Arbeitsweise der EU-Institutionen, die unterschiedlichen Politikfelder sowie die Beziehungen zu den jeweiligen Ländern und Regionen von weiteren hochrangigen Insidern vorgestellt. In einem ausführlichen Anhang ist nicht nur die Berliner Erklärung vom 25. März 2007 dokumentiert, es findet sich ebenso eine Übersicht über Institutionen, Positionen, Adressen und Ansprechpartner in Brüssel, Straßburg und Luxemburg. Damit dient das Buch auch als nützliches Nachschlagewerk für Politiker, Wissenschaftler, Journalisten sowie Mitarbeiter der Regierungen, Parlamente und NGOs.

- **Bezug:** Indien und USA: über KAS Auslandsbüros New Delhi und Washington  
Lateinamerika auch: [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_10698\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_10698_1.pdf)

**DIALOG MIT DEM ANDEREN – SICH SELBER HINTERFRAGEN.  
ISLAM UND CHRISTENTUM, ERZIEHUNG UND FORTSCHRITT**



Der Dialog zwischen Christentum und Islam kann nur dann nachhaltig gestaltet werden, wenn er konkrete Inhalte und Themen behandelt. Diesem Anspruch folgend, formuliert die vom Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer herausgegebene Publikation „Dialog mit dem Anderen“ in Beiträgen renommierter Wissenschaftler und Experten wie Mohamed Arkoun und Radwan Al-Sayyid konkrete Herausforderungen und Annäherungsmöglichkeiten für einen erfolgreichen christlich-islamischen Dialog in den Zukunftsbereichen Erziehung und Fortschritt.

- **Bezug:** Englische Ausgabe über KAS Auslandsbüro Amman | ISBN 978-9973-61-592-3  
Französische Ausgabe über KAS Auslandsbüro Tunis | ISBN 978-9973-61-591-6

**KAS POLICY PAPERS ZUR UKRAINE**



Seit Anfang 2007 veröffentlicht das KAS-Auslandsbüro in Kiew Policy Papers, in denen komplexe und aktuell in der Ukraine relevante Problemstellungen aus den Themenbereichen Politik, Gesellschaft, Medien, Wirtschaft und Recht für politische Entscheidungsträger in zugänglicher Kurzform darstellt werden. Neben dieser Analyse werden konkrete, zur direkten Umsetzung geeignete Handlungsempfehlungen gegeben. In den bislang auf Ukrainisch erschienenen Ausgaben werden die Parteiensysteme in den postkommunistischen EU-Beitrittsländern, die Verfassung der Ukraine, der Aktionsplan Ukraine – EU und modernes Medienmanagement behandelt. Weitere Papers zu den Themen Rechtsstaatsbewusstsein und Aufarbeitung der Vergangenheit sind in Arbeit.

- **Bezug:** <http://www.kas.de/proj/home/pub/47/1/index.html>

**HANDBUCH FÜR RICHTER IN SÜDOSTEUROPA**



Die Existenz unabhängiger Gerichte ist ein konstitutives Element des Rechtsstaats und ein fundamentales Menschenrecht. Die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit von Richtern kann durch Druckfaktoren und Interessenkonfliktsituationen beeinträchtigt und gefährdet werden. Das Rechtsstaatsprogramm für Südosteuropa hat nun in rumänischer Sprache ein Handbuch für Richter zum Thema „Druckfaktoren und Interessenkonflikte in der Justiz“ herausgegeben. Es definiert „Unabhängigkeit“ und „Unparteilichkeit“ und beschreibt Instrumente und Mechanismen zum Schutz der Unabhängigkeit der Justiz.

- **Bezug:** über KAS Auslandsbüro Bukarest; englische Zusammenfassung unter: [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_10713\\_2.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_10713_2.pdf)